

DIE WOCHE Auch in dieser Legislaturperiode wird es voraussichtlich keine Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts geben, das die Ausländer in Deutschland diskriminiert, da die Union alle Reformbemühungen im Bundestag blockiert. Geben Sie langsam die Hoffnung auf?

HAKKI KESKIN Wir bemühen uns seit über 15 Jahren um eine Änderung des antiquierten Staatsangehörigkeitsrechts. Wir haben Hunderte Diskussionen geführt, Seminare mit den sogenannten „jungen Wilden“ in der CDU veranstaltet und versucht die FDP-Abgeordneten zu überzeugen. Aber statt das Signal zu geben: „Ihr gehört zu uns“, schottet man sich gegenüber den hier lebenden Ausländern, vor allem den Türken, weiter ab. Das ist schon eine große Enttäuschung. Wir müssen nun hoffen, dass es nach der Bundestagswahl eine neue Konstellation für eine umfassende Reform gibt. **DIE WOCHE** Gerade zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen nimmt die Abgrenzung zu. Wird diese Tendenz jetzt noch verstärkt?

KESKIN Ich kenne viele Jugendliche, die lange Zeit mit dem Türkischsein ihrer Eltern nichts zu tun haben wollten. Sie haben sich als Hamburger, Frankfurter oder Berliner gesehen. Erst Ereignisse wie Mölln, Solingen und andere fremdenfeindliche Übergriffe haben eine Gegenreaktion hervorgerufen. Der Nationalismus nimmt zu, denn die sagen sich jetzt: Gut, wenn wir als Deutsche nicht angenommen werden, dann müssen wir uns als Türken verstehen. **DIE WOCHE** Aber auch manche türkischen Gruppen, vor allem islamische Fundamen-

Falsches Signal



HAKKI KESKIN, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde,

talisten, wollen doch gar keine Integration.

KESKIN Natürlich gibt es auch Türken, die ausschließlich unter sich bleiben wollen. Aber das ist eine Minderheit. Etwa 90 Prozent der 2,2 Millionen in der Bundesrepublik lebenden Türken betrachten dieses Land als ihre Heimat und wollen hier gleichberechtigt leben.

DIE WOCHE Auch die Union ist für erleichterte Einbürgerungen, lehnt es aber ab, Kindern von Ausländern automatisch den Deutschen Pass zu verleihen. Warum laufen Sie dagegen Sturm?

Der Bundestag berät diese Woche einen Gesetzentwurf der SPD zur Reform des 85 Jahre alten STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHTS. Von Ausnahmen abgesehen, kann bislang nur Deutscherwerden, wer seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft ablegt: Kinder von Ausländern erhalten die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern (*ius sanguinis*). Um die Integration der rund 7 Millionen in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu erleichtern, wollen SPD und Grüne den Ausländer-Kindern der so genannten DRITTE GENERATION nun befristet die DOPPELLE STAATSBÜRGERSCHAFT zugestehen.

Türkischen Kindern in Deutschland wird weiterhin der doppelte Pass versagt

zur verbinderten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts

DIE WOCHE Geben Ihnen denn die Vorstellungen der SPD weit genug?

KESKIN Nein, deren Gesetzentwurf reicht nicht aus. Wir wollen nicht nur, dass hier geborene Kinder von Ausländern einen Rechtsanspruch auf die doppelte Staatsbürgerschaft haben, sondern auch die Erwachsenen, die hier legal seit mindestens acht Jahren leben.

DIE WOCHE Warum reicht nicht die einfache Einbürgerung? Warum bestehen Sie auf zwei Pässen?

KESKIN Wir sagen: Deutschland ist unsere Heimat und wir haben die

Absicht, hier zu bleiben. Aber unser Herkunftsland ist die Türkei. Und es sollte uns möglich sein – beispielsweise aus familiären Gründen –, dahin zurückzukehren.

DIE WOCHE Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft sagen, sie sei der deutschen Bevölkerung nicht zu vermitteln.

KESKIN Das ist ein Scheinargument. Umfragen zeigen, dass 60 Prozent der Deutschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft für die hier lebenden Ausländer einverstanden sind. Aber manche Politiker, die selbst damit Probleme haben, verbarrkaderoen sich hinter einer vermeintlichen Volksmeinung. Außerdem: Schon jetzt leben hier mehr als 2 Millionen Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft – Kinder aus binationalen Ehen und Aussiedler.

DIE WOCHE Letztere geboren eher zur Wählerklientel der Union – im Gegensatz zu den Ausländern.

KESKIN Dieses Schema stimmt so nicht mehr. Bis vor einigen Jahren hätte tatsächlich nur eine Minderheit der Türken für die Unionsparteien gestimmt. Aber mittlerweile unterscheiden sie sich kaum vom Rest der Bevölkerung. Es gibt viele, die ideologisch der CDU näher stehen als der SPD. Doch die sind jetzt von der CDU enttäuscht. Das wird ihr nicht gut bekommen, denn die 250 000 schon eingebürgerten Türken haben auch eine Stimme zu vergeben.



Interview: JAN HEIDEMANN